Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Debatte über Sparkurs: "Europa braucht eine expansivere Geldpolitik
2. Utopie der bescheidenen Geldhäuser
3. Sympathie-Erklärung für den europäischen Alternativ-Gipfel in Athen
4. «Die wachsende Kluft ist der Hauptgrund»
5. Jorge und die Arbeit
6. 'Minijobs' Lift Employment But Mask German Weakness
7. Aufstocker: Staat zahlt jährlich 1,5 Milliarden Euro für Niedriglöhne im Handel
8. Ältere Erwerbslose weiter ohne Chance auf dem Arbeitsmarkt
9. Evakuierung war keine Option
10. Corporate power has turned Britain into a corrupt state
11. Der Tod aus dem Nichts
12. Militarisierung: Kein Entkommen mehr
13. Deutschlandstipendium – Hochschule schreibt "Wohlverhalten" vor
14. Funkenflieger laufen für Bildungswende
15. »Der Staat verkauft die Kinder an die Industrie«
16. "0,1 Prozent – Das Imperium der Milliardäre" – Eine Buchbesprechung von Prof. Hans See

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Debatte über Sparkurs: "Europa braucht eine expansivere Geldpolitik**
   Volle Breitseite gegen Merkel: In einem Beitrag für SPIEGEL ONLINE rechnen namhafte Vertreter der EU-Kommission, des Europa-Parlaments und der OECD mit der von Deutschland geprägten Sparpolitik in der Euro-Zone ab – und fordern eine Abkehr vom Inflationsziel der Europäischen Zentralbank. […]
   nzwischen hat sich die politische Diskussion in der EU weg von der reinen Sparpolitik verlagert und das Wachstum wieder in den Blick genommen. Das ist richtig. Eine robuste Strategie für eine Erholung, die ihren Namen verdient, fehlt aber noch. Eine solche Strategie würde einen neuen Politik-Mix erfordern, der sich auf folgende Elemente stützt:

Zunächst müssen wir dringend auf EU-Ebene eine Bankenunion schaffen, um insolvente Banken umzustrukturieren oder abzuwickeln. Die Unternehmen brauchen besseren Zugang zu Krediten zu besseren Konditionen, um investieren und wachsen zu können. Der europäische Finanzsektor braucht einen schnelleren Abbau seiner Schulden, auch über höhere Forderungsabschreibungen und tiefgreifendere Strukturänderungen im Bankenwesen.
Zweitens benötigen wir als Gegengewicht zur Konsolidierung in schwächeren Mitgliedstaaten einen höheren Konsum in den stärkeren EU-Ländern. Die Währungsunion kann nicht nur Druck auf die Krisenländer ausüben, ihre Nachfrage zu senken. Eine "symmetrische Lösung" erfordert, dass auch stärkere Länder etwas tun, beispielsweise die Annäherung der Löhne an die Produktivität zulassen sowie für angemessene Mindestlöhne zur Verhinderung von Erwerbsarmut sorgen.
Drittens benötigen die schwächeren Mitgliedstaaten Investitionen, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangen und den Euro behalten können. Das erfordert eine gut durchdachte Wirtschaftspolitik. Wenn sie klug eingesetzt werden, können EU-Fonds wie der Europäische Sozialfonds eine wichtige Quelle für Finanzhilfen darstellen, zusammen mit der Europäischen Investitionsbank.
Viertens braucht Europa eine expansivere Geldpolitik. Mit ihrer Zusage, notfalls Staatsanleihen zu kaufen, hat die EZB Europa Zeit gekauft und sich selbst zum Kreditgeber letzter Instanz gemacht. Das ist zu begrüßen, aber es wird zunehmend deutlich, dass die Krise nicht in einem Deflationsumfeld überwunden werden kann. Deshalb ist eine andere Inflationsentwicklung notwendig. Wir müssen Rolle und Befugnisse der EZB überdenken.
Fünftens muss Europa in die Fähigkeiten seiner Menschen investieren und Chancen schaffen. Auf eine Jugendgarantie, die sicherstellen soll, dass alle jungen Menschen bei Arbeitslosigkeit binnen vier Monaten ein Angebot für eine neue Stelle, eine Weiterbildung oder einen Ausbildungsplatz erhalten, haben sich die EU-Minister geeinigt. Jetzt müssen die Mitgliedstaaten das Konzept umsetzen. Vollbeschäftigung muss das Ziel sein.
Quelle: SPIEGEL Online

2. **Utopie der bescheidenen Geldhäuser**
Thomas Fricke: "Wie viel Bank braucht der Mensch?", Westend Verlag
Begrenzte Boni, Trennbankensystem, bessere Aufsicht – das sind nur ein paar Maßnahmen, durch die der Finanzsektor gezähmt werden soll. Aber reicht das? Nein, meint der Journalist Thomas Fricke. Der frühere Chefökonom der "Financial Times Deutschland" plädiert für ein "Raus aus der verrückten Finanzwelt".
Die Skyline in Frankfurt am Main: Aneinandergereihte Bankenhochhäuser, die in den Himmel ragen. Eine Stadtansicht, die es künftig nur noch auf Postkarten geben sollte,

ginge es nach dem Buchautor Thomas Fricke.
“März 2023. Vor drei Tagen ist auch die letzte große Bank aus der Frankfurter City weggezogen, aus diesen Türmen, deren verglaste Fronten dafür standen, wie reich und wichtig die Geldhäuser mal waren. Verflogen ist das Flair, das Banker mal umgab, als in den Schalterräumen feiner Teppich lag … .[…] Vielleicht werden sich unsere Kinder mal wundern, in was für einer verrückten Welt wir groß wurden. Dass wir so lang hingenommen haben, wie irgendwelche Finanzingenieure per Mausklick Milliarden mal von hier nach da schoben.”
Quelle: Deutschlandfunk

3. **Sympathie-Erklärung für den europäischen Alternativ-Gipfel in Athen**
Die Lage in Europa wird immer beunruhigender. Große Teile unseres Kontinents rutschen zurück in die Rezession, ohne dass die Folgen der Krise von 2008 auch nur im Ansatz überwunden wären. In den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern nehmen Arbeitslosigkeit und soziale Verelendung bislang ungekannte Ausmaße an. Menschen verzweifeln und verlieren das Vertrauen in die Demokratie. Immer offensichtlicher wird, wie verhängnisvoll sich in diesen Ländern die von der Troika erzwungene Fixierung auf Kürzung der Staatsausgaben und Abbau des Sozialstaats auswirkt. Als ob Streichungen im Gesundheits- und Bildungswesen und die Abschaffung von Arbeitnehmerrechten jemals irgendeinem Land den Weg zu einer besseren wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung gebahnt hätten! Uns als in Deutschland lebende Menschen macht es dabei besonders betroffen, mit welch außergewöhnlicher Halsstarrigkeit die Bundesregierung als mächtigste Kraft diese undemokratische Krisenverschärfungspolitik vorantreibt. Erreicht wird nur eines: Soziale Probleme werden zu nationalen Problemen umgedeutet. So werden Länder und Menschen gegeneinander aufgebracht, so wird Europa auseinandergetrieben. Europa braucht dringend Signale der Zusammengehörigkeit und Solidarität. Ein solches Zeichen soll am 7./8. Juni gesetzt werden. Menschen aus allen Teilen unseres Kontinents
werden sich in Athen zu einem „EU-Alternativgipfel“ treffen. Sein Motto: „Stoppt die Kürzungspolitik, bevor die Kürzungspolitik die Demokratie zerstört!“ Wir freuen uns über diese Initiative, die von einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Organisationen ausgeht und von Gewerkschaften aus zahlreichen europäischen Ländern, darunter auch aus Deutschland, unterstützt wird.
Quelle: Europa neu begründen! [PDF – 76.8 KB]

dazu: Europäische Bewegung gesucht
Vom 7. bis 9. Juni findet in Athen der Alter Summit statt. Auch die deutschen Gewerkschaften mobilisieren zu diesem Treffen der europäischen sozialen Initiativen.

Quelle: taz

4. **«Die wachsende Kluft ist der Hauptgrund»**
Zuerst brannten Autos und Abfallcontainer. Dann ein Polizeirevier. Und schliesslich eine Schule. Unerwartet kam der Ausbruch im Stockholmer Aussenbezirk Husby nicht. (…) Zwischen 1965 und 1975, zu sozialdemokratischer Regierungszeit, waren überall in Schweden die neuen Vororte hochgezogen worden: eine Million Wohnungen zur Behebung der Wohnungsnot. Viele Quartiere wie Husby waren als reine Wohnstädte konzipiert. SoziologInnen warnten damals schon vor einem «riskanten Wohnexperiment» und sprachen von «Menschen als Versuchskaninchen». Doch warum die Explosion jetzt? «Die Ursachen haben sich über Jahre aufgetürmt», sagt Khamisi: Wer hier aufwachse, müsse sich ständig verteidigen, Klischees widerlegen, beweisen, nicht kriminell und «unzivilisiert» zu sein. Jahrelang habe man friedlich protestiert, Versammlungen abgehalten, Politiker eingeladen, niemanden habe das interessiert. Erst jetzt, als Steine flogen und Autos brannten, seien die Medien plötzlich da. (…) Tapio Salonen, Sozialwissenschaftler an der Universität Malmö, macht eine «dramatische Veränderung» der Gesellschaft verantwortlich. Die Schere zwischen Arm und Reich habe sich immer weiter geöffnet, diese Entwicklung sei in den vergangenen fünf bis sieben Jahren noch beschleunigt worden. Vor einem Jahr veröffentlichte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD einen Bericht, demzufolge in keinem westlichen Industrieland die Einkommensunterschiede seit den neunziger Jahren so stark gestiegen sind wie in Schweden. Dazu beigetragen hat Reinfeldts Mitte-rechts-Regierung, die innerhalb von sechs Jahren viermal die Steuern für Gutbetuchte senkte, gleichzeitig den öffentlichen Sektor abbaute und umfassende Privatisierungen vornahm. In Husby wurden das öffentliche Gesundheitszentrum, ein Jugendtreffpunkt, eine Schule und mehrere Kinderfürsorgeeinrichtungen geschlossen. «Die wachsende Kluft ist der Hauptgrund, nicht die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung», sagt Salonen.
Quelle: WOZ

Anmerkung unseres Lesers G.K.: *Die nach Schweden zweitstärkste Zunahme bei der Einkommensungleichheit seit den 90er Jahren verzeichnet Deutschland.*

5. **Jorge und die Arbeit**
[…] Ich frage Jorge: “Sag mal, eigentlich müsste doch jetzt der Strand voll sein! Immerhin hat Spanien eine Arbeitslosenquote von 27 %!” Das heißt, dass ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung am Strand sein könnte. Aber auch die arbeitslosen 50% der jungen Spanier könnten hier am Strand sein. Sind sie aber nicht. Jorge sagt: “Ich glaube nicht, dass die alle hier sein müssen. Ich denke, die studieren zu Hause

Englisch oder Deutsch oder Chinesisch." Warum sind sie nicht in der Uni? Haben Sie keine Lust, nur weil sie arbeitslos sind?" Er schweigt. Dann schreibt er eine Zahl auf: 3000 € Jahresgebühr für die öffentliche Uni. […]
"Das Einkommen Median in Spanien ist 18.000 €" sagt Jorge. 6000 Euro über dem Latinoeinkommen. "Unsere Arbeitsverträge sagen 8-Stunden-Tage an. Faktisch niemand arbeitet 8 Stunden, sondern 9 bis 12 Stunden. Ich arbeite nicht 8 Stunden, ich arbeite immer 9-10. Meine Cousine arbeitet in einer Bäckerei. Sie bekommt 1.000 € und arbeitet immer 12 Stunden."
Quelle: Neues aus Iberia

6. **'Minijobs' Lift Employment But Mask German Weakness**
Germany's job market may be the envy of a struggling Europe, but many Germans say their country's "Jobwunder," or jobs miracle, is cutting them out of the nation's economic success.
Germany's unemployment rate was unchanged for the seventh straight month at a relatively low 6.9% in May, after seasonal adjustment. Yet nearly one in five working Germans, or about 7.4 million people, hold a so-called "minijob," a form of marginal employment that allows someone to earn up to €450($580) a month free of tax.
As much of Europe looks to the Continent's economic powerhouse for lessons on how to revive moribund labor markets, the proliferation of these low-wage jobs has sparked a vigorous debate in Germany about whether enough workers are sharing in the nation's strong economic performance.
Quelle: The Wall Street Journal
7. **Aufstocker: Staat zahlt jährlich 1,5 Milliarden Euro für Niedriglöhne im Handel**
Die Lohnpolitik des Einzelhandels wird vom Staat kräftig gefördert: Jedes Jahr fließen nach SPIEGEL-ONLINE-Informationen 1,5 Milliarden Euro an Beschäftigte des Handels, deren Einkommen nicht zum Leben reicht. Jeder Fünfte verdient weniger als 8,50 Euro in der Stunde. […]
Meist weiblich, immer häufiger unsicher beschäftigt und oft abhängig von staatlichen Zuschüssen – so sieht der typische Arbeitnehmer im Einzelhandel im Jahr 2013 aus. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken im Bundestag hervor. Die Antwort liegt SPIEGEL ONLINE vor.
Inzwischen arbeitet demnach jeder dritte der rund 3,2 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel zu einem Lohn unter zehn Euro die Stunde, jeder fünfte erhielt den verfügbaren Daten aus dem Jahr 2010 zufolge sogar weniger als 8,50 Euro. Die Folge: Viele dieser Löhne müssen aufgestockt werden. Nach Angaben der Bundesregierung gibt der Staat jährlich rund 1,5 Milliarden Euro an ergänzendem Hartz IV für Aufstocker des gesamten Handels aus – drei Viertel der Bezieher arbeiten im

Einzelhandel. So mussten im Juni vergangenen Jahres die Einkommen von rund 130.000 Beschäftigten des Einzelhandels auf ein existenzsicherndes Niveau aufgestockt werden.
Die Zahlen haben Sprengkraft, vor allem vor dem Hintergrund, dass Anfang des Jahres die Arbeitgeber in fast allen Bundesländern den Manteltarif im Einzelhandel aufgekündigt hatten. Wie schwierig abgesicherte Arbeitsbedingungen im Handel durchzusetzen sind, zeigte zuletzt auch das Beispiel Karstadt. Der Kaufhauskonzern war komplett aus dem Flächentarifvertrag ausgestiegen, weil er tarifliche Lohnerhöhungen nicht mehr mittragen will.
Quelle: SPIEGEL Online

8. **Ältere Erwerbslose weiter ohne Chance auf dem Arbeitsmarkt**
Der Versuch, die Rente mit 67 durch Beschäftigungsprogramme für Ältere abzufedern, ist gescheitert", sagt Klaus Ernst, Mitglied im Spitzenteam der LINKEN für die Bundestagswahl und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, zur Auswertung des Programms "Perspektive 50plus" durch das Bundesarbeitsministerium. Ernst weiter: "Die Klagen der deutschen Wirtschaft über einen vermeintlichen Fachkräftemangel bleiben unglaubwürdig, solange die Unternehmen nicht bereit sind, ältere Erwerbslose dauerhaft in den Arbeitsprozess zu integrieren. Wenn sich lediglich 16 Prozent der über 50-Jährigen länger als ein halbes Jahr in einem neuen Beschäftigungsverhältnis halten können, obwohl 60 Prozent der Teilnehmer des Programms über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, dann ist der Versuch der Bundesregierung, älterer Erwerbslose in Arbeit zu bringen, offenkundig kläglich gescheitert. Durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und die Streichung der Rentenversicherungsbeiträge für ALG II-Beziehende wurde gerade älteren Erwerbslosen die Chance auf eine armutsfreie Rente verbaut
Quelle: Saarkurier
9. **Evakuierung war keine Option**
Anhörung verdeutlicht: Hamburg entging beim Brand der »Atlantic Cartier« nur knapp der Katastrophe.
Die Bewohner Hamburgs können im Katastrophenfall nicht mit einer Evakuierung rechnen. Das geht aus den Worten von Hamburgs Innensenator Michael Naumann (SPD) nach dem Brand auf dem u. a. mit 20 Tonnen radioaktivem Material beladenen Containerschiff »Atlantic Cartier« am 1. Mai 2013 hervor…
Bei der Freisetzung von Uranhexafluorid bilden sich durch Kontakt mit der Luftfeuchtigkeit giftige Fluorverbindungen, die schwere Verletzungen der Atemwege verursachen. »Je nach Witterungsbedingungen könnten bis in etwa 600 Metern Entfernung vom Unfallort tödliche Konzentrationen auftreten«, erläuterte Fritz Storim, Physiker bei der atomkritischen Messstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS)

Bremen…
Doch, das stellte Neumann am Freitag unmissverständlich klar: Evakuierung war zu keinem Zeitpunkt eine Option – und es wird auch in Zukunft keine sein, denn dieses Szenario ist schlicht »nicht vorstellbar«.
Quelle: junge Welt

10. **Corporate power has turned Britain into a corrupt state**
Westminster lobbying is the least of it. Revolving-door colonisation of public life is a corrosive threat to democracy […]
Privatisation has extended the web of lubricated relationships, as a mushrooming £80bn business uses jobs and cash to foist a policy that is less accountable, lowers standards and is routinely more expensive on the public realm. When 142 peers linked to companies involved in private healthcare were able to vote on last year's health bill that opened the way to sweeping outsourcing – and the City consultancy McKinsey helped draw it up – it's not hard to see why.
Britain is now an increasingly corrupt country at its highest levels – not in the sense of directly bribing officials, of course, and it's almost entirely legal. But our public life and democracy is now profoundly compromised by its colonisation. Corporate and financial power have merged into the state.
That vice can be broken, but it demands radical change: closure of the revolving doors; a ban on ministers and civil servants working for regulated private companies; a halt to the corrosive tide of privatisation; and a downward squeeze on boardroom pay to reduce the corporate allure. It's going to need a democratic backlash.
Quelle: The Guardian

11. **Der Tod aus dem Nichts**
3500 Tote innerhalb von 9 Jahren, dazu sicher ein Vielfaches an Verletzten, von den Traumatisierten und den sonst wie Geschädigten gar nicht zu reden. Liegt man falsch in der Vermutung, dass die „Kollateralschäden" dabei bei weit über 90 % liegen dürften? 80 % der Drohnenschläge passieren auf einem Gebiet, in dem gerade einmal 361.000 Menschen leben. Das bedeutet, dass auf sie ca. 80 % von 3500, also ca. 2800 Tote entfallen. Das sind ca. 0,75 % der Bevölkerung. Um die sich die Dimension klarzumachen: Dem Luftkrieg der Alliierten in Deutschland fielen etwa 600.000 Menschen zum Opfer, ca. 1 % der Bevölkerung.
Sehr deutlich wird in dem Bericht das Gefühl der ständigen Bedrohung, das die Tag und Nacht ständig über den Orten herumfliegenden Drohnen verursachen. Die ganze Aktion läuft unter dem Titel „Kampf gegen den Terrorismus". Wenn man das gelesen hat, kann man sicher sein: Für einen tatsächlich von einer Drohne getöteten „Terroristen" werden 100 nachkommen. Es gibt keine bessere Methode als diesen Drohnenkrieg, um einen riesigen Hass auf Amerika und den Westen (Deutschland ist

auch beteiligt!!) zu schüren und einen großen Teil einer ganzen Bevölkerung in „Terroristen“ zu verwandeln.
„Terrorismus“, was ist das eigentlich? Ein solcher Drohnenkrieg gehört sicher dazu. Die Zahl der Opfer bisher – etwa 500 mehr als am 9. September 2001 – und das Erzeugen eines Gefühls einer ständigen elementaren Bedrohung bei der Bevölkerung (terror, lateinisch, Schrecken) lassen gar keine andere Einordnung des Drohnenkriegs als als Terrorismus zu. Und dann verschwimmen plötzlich die Unterschiede zwischen den Taliban und ihren amerikanischen Konterparts…
Quelle: Zeit Online

12. **Militarisierung: Kein Entkommen mehr**
Eine Sonderbriefmarke soll die Akzeptanz der Bundeswehr erhöhen. Friedensaktivisten planen schon Proteste. Zu Recht. Das Militär dringt immer weiter in unseren Alltag ein. Sie ist wenige Quadratzentimeter klein, kostet 58 Cent und treibt die Militarisierung der deutschen Gesellschaft voran: In der kommenden Woche erscheint eine Sonderbriefmarke für die Bundeswehr und ihre Soldaten. Wer nichts ahnend am Postschalter nach Porto fragt, bekommt also womöglich eine Marke mit Umrissen von Männern, Frauen und Kindern, heilen Familien – alles in grün-braunen Flecktarnfarben. Dazu die Aufschrift: „Im Einsatz für Deutschland.“
Quelle: Der Freitag

Anmerkung unseres Lesers G.K.: *“Im Einsatz für Deutschland”? Das ist eines der zahlreichen politischen Täuschungs- und Vernebelungsmanöver unserer politischen Entscheidungsträger. Die militärischen Auslandseinsätze – darauf laufen die Aktivitäten der Bundeswehr mangels militärischer Bedrohungen durch Nachbarstaaten immer stärker hinaus – werden von der hiesigen Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt. Das treffendere Motto für die Briefmarke wäre somit: “Im Einsatz für die deutschen Eliten”. Diese möchten das deutsche Militär für ihre eigensüchtigen Interessen (häufig wirtschaftlicher Art) instrumentalisieren. Manch einer möchte sich möglicherweise auch im nostalgischen Gedenken an frühere imperiale Attitüden sonnen – Motto: “Wir sind wieder wer!”.*

13. **Deutschlandstipendium – Hochschule schreibt “Wohlverhalten” vor**
Die Hochschule Hannover verlangt von Studierenden, die mit dem Deutschlandstipendium gefördert werden, einen „Ehrenkodex“ zu unterschreiben: „Hiermit verpflichte ich mich, selbstverständliche Mindestregeln des Wohlverhaltens gegenüber den Förderern und der Hochschule unbedingt einzuhalten“, heißt es dort. Die Stipendiaten sollen sich damit einverstanden erklären, mit dem Sponsor selbstständig in Kontakt zu treten und Einladungen „unbedingt nachzukommen“. Auch

sollen sie ihr Einverständnis erklären, „Interesse an einem vergüteten Praktikum“ oder der „Anfertigung der Bachelor-/Masterarbeit“ bei der fördernden Firma zu zeigen. Schließlich sollen sie sich verpflichten, bei der „Stipendiatenfeier“ zu erscheinen, und zwar „in angemessener Kleidung“.
Quelle: Tagesspiegel

14. **Funkenflieger laufen für Bildungswende**
Sie nennen sich Funkenflieger und laufen quer durch Deutschland bis nach Berlin – und zwar zu Fuß. Dutzende Schüler_innen haben sich von der Schule frei genommen und diskutieren auf ihrem Weg in die Hauptstadt darüber, was sie an Schule stört und wie sie sie verändern wollen. Die Schüler_innen Marcel und Mira erzählen, wie es ihnen erging.
Quelle: Was bildet Ihr uns ein
15. **»Der Staat verkauft die Kinder an die Industrie«**
Im Bildungswesen wird weiter privatisiert. Konzerne machen Schulen und Kindergärten zu Werbeträgern. Gespräch mit Anne Markwardt
Quelle: Junge Welt
16. **“0,1 Prozent – Das Imperium der Milliardäre” – Eine Buchbesprechung von Prof. Hans See**
In seinem 2012 erschienenen Buch hat der renommierte marxistische Soziologe Hans Jürgen Krysmanski, ausgewiesener Klassenanalytiker, Macht-, Elite-, Konflikt- und Friedensforscher die winzige Minderheit von “0,1 Prozent” der Superreichen zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung erhoben. Er setzt damit seine früheren Forschungsarbeiten fort, spitzt sie aber auf die “oberen Zehntausend”, wie man sie im analogen Zeitalter noch nannte – zu. Jedenfalls knüpft er mit diesem Buch thematisch an seine 2010 erstmals, inzwischen in 4. Auflage erschienenen “Geschichte der amerikanischen Reichtumsforschung” an. Der damalige Titel: “Hirten und Wölfe – Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen”. Nach wie vor sehr lesenswert. Wer erwartet, in diesem neuen Buch mehr über Bill Gates, Warren Buffet und anderer Pop-Stars unter den Megareichen zu erfahren als SPIEGEL, STERN oder FORBES-Magazin verraten, wird enttäuscht. Es geht Krysmanski nämlich nicht wirklich um die Milliardäre, sondern – wie ja auch der Untertitel klar ansagt – um das “Imperium der Milliardäre”. Man ahnt natürlich, dass dieses Imperium nicht ein klar umrissenes, irgendwo und irgendwie von anderen vergleichbaren Imperien (sagen wir der Nichtregierungsorganisationen – Jean Ziegler nennt sie “die Widersacher” der neuen Herrscher der Welt –) abgrenzbares Machtgebilde handeln kann, sondern um ein soziologisches Konstrukt. Obgleich für platte Empirie ein Schattenreich, handelt es sich bei diesem parzellierten Imperium, wie Krysmanski zeigt, durchaus um handfeste, auch differenzierten empirischen Studien zugängliche Eigentumsverhältnisse.

Quelle: Der Freitag